

[illegible]

Beste, 27. Juli (im Namen) Die Reichsstatthalterin hat einen Bericht von der Reichsstatthalterin erhalten, einen Entwurf über die Maßnahmen vorzulegen, die infolge der Bestimmung notwendig werden. Die Reichsstatthalterin ist in der Lage, diese Maßnahmen einzuführen.

Die Vorbereitungen zur Londoner Konferenz.

Konken, 27. Juli 1953. (M.) Dem Unterhaushaus verlierte Herr
Georgs bei Besprechung der Möglichkeit der Abwicklung einer Beauf-
tragung mit der Generaldirektion, die weitere Regierung über
mit den allseitigen Überlegungen in Verbindung
um die Frage zu legen, ob und unter der Hauptbedingung (Gleichen)

weise her-
dass diese
tügen
te bekämpft
se furchtlos
immer ge-
dinner vor
für künftige
schen Presse
in unseren
die Hände

ht worden.
t. Priorität
ausführliches
ie Ermäßig-
Tonnen.
die ober-
und einen
und dem

andere
naten etwa
von rund
ar geliefert
Abkommen
elstet wird.
en müssen,
ent der
dem Ver-
t etwa
ährend der
Befestigung
einer Rück-
fend des
er Prozent
Prozent
ständigen,
nur unter
en mög-
menbrechen
Vermieden
n g. Die
erzwungene
n größten
ngen der
essen der
abgegeben
liche Stel-
enters und
auf poli-
h bei Ab-
und damit
die An-

mons gewesen sei. Deutschland würden durch die Annahme der Kohlenförde-
rungen schwere Lasten aufgebürdet, aber durch die Nichtunterzeich-
nung wäre die deutsche Einheit den schwersten Gefahren
ausgesetzt gewesen. Der Reichskanzler sprach schließlich die Hoff-
nung aus, daß die Entente einsehen werde, daß sie auf dem
Wege der Verständigung immer weit besser zu ihrem Ziele
kommen werde als auf dem Wege der Gewalt. In einigen Monaten könne
sich manches ändern. Die Frage des Korrespondenten, ob die Angelegenheit
des Anschlusses Deutsch-Oesterreichs an Deutschland zur
Sprache gekommen sei, verneinte der Reichskanzler mit der Bemerkung, daß
hierzu keine Möglichkeit gewesen sei. Er könne Deutsch-Oesterreich
angesichts der Bestimmungen des Verfallener Vertrages einstweilen nichts bieten
als die Gesinnungen eines aufrichtigen und treuen Freundes.

R. Berlin, 27. Juli. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.)
Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Oldenburg: In der heutigen
Landtagsitzung machte der Ministerpräsident Lathen interessante
Mitteilungen über ein Gespräch, das er mit dem Reichsminister des Aus-
wärtigen Dr. Simons über dessen Eindrücke von der Spaar Konferenz
hatte. Er fragte den Außenminister, ob wohl Frankreich und die Entente
überhaupt gewillt seien, Deutschland soviel Luft zu lassen, als es zum Leben
brauche. Dr. Simons gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß wohl keines
der alliierten Länder ernstlich gesonnen sei, Deutsch-
land die Luft zum Leben abzuschneiden. Die Erkenntnis
hiervon werde die Richtschnur sein für die zukünftige
Außenpolitik Deutschlands. Trotz der außerordentlichen Schwere
der Bedingungen werde Deutschland sie erfüllen, um dadurch den Beweis
des besten Willens zu erbringen, der Entente beim Wieder-
aufbau behilflich zu sein. Ueberhaupt, so meinte der Minister,
werde jetzt die gegenseitige Hilfeleistung Bloß greifen müssen
an Stelle des bisherigen gegenseitigen Mißtrauens. Es sei aber nur aus-
zukommen bei stärkster Anspannung sowohl der steuerlichen,
wie der arbeitenden Kräfte. Die Selbstverwaltung müsse unter
allen Umständen aufrecht erhalten bleiben; erst durch sie werde ein Wieder-
aufbau Deutschlands im Interesse der Entente möglich sein.

Keine Genehmigung zur deutschen Besetzung der Abstammungsgebiete.

R. Berlin, 27. Juli. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.)
Die „Voss. Ztg.“ meldet aus Paris: Der „Action Française“ zufolge hat
die Völkerverkonferenz gestern nachmittag beschlossen, daß die
Bezirke Allenstein und Marienwerder bis auf weiteres
von den verbündeten Truppen besetzt bleiben. Dem deut-
schen Ersuchen um Genehmigung der Besetzung der Bezirke mit deutschen
Truppen wird also keine Folge gegeben. Die Entscheidung über die
deutsche Bitte, die deutschen Truppen in Ostpreußen durch
Freiwillige verstärken zu dürfen, ist, wie ich festgestellt habe, noch
nicht gefallen. Man neigt in hiesigen politischen Kreisen überhaupt
zu der Meinung, daß der Abschluß des Waffenstillstandes zwischen Polen
und den Bolschewisten besondere Maßnahmen in Ostpreußen

ichlag
ten M
zunehm
hat nach
handlung
ber Ans
Verfälsch
der S
ist außer
Gens
liefert, d
wünsche
vertreten
gern.

Wille
vormittag
um 12
Berat
diesmal
aber so
einen
nehmen
lungen m
vielerlei
Presse ga
Förde
russisch
verzich
ausgese
zu sein,
wäre ein
Einigungs
hervorzu
Blond Be
anzuschl
gehen, r
nung hat,
werde, wo
als ausges
geheim Fr
darauf sein
keinen
die Lo
reichs
Die beding
Prestiges.
erkennu
Korrespond
haltigen G
Rußland
insbesonde
die Polen
Bolschewiste
polnischen

ng der Abstimmungsgebiete.

über die Voraussetzungen für die Verhandlungen Kritik der gestrigen Rede Dr. Simons' im Reichstag.

feines-
wenn wir
Kohlenrevier
Abkommen
schen Be-
hier, Arbeit-
wesen. Für
von denen
Durchführung

überflüssig machen und daß Deutschland daher auf seinem Verlangen nicht bestehen werde.

Paris, 27. Juli. (Ag. Havas.) Die Botschafterkonferenz hat einen Ausschuß von Rechtsgelehrten damit beauftragt, einen Entwurf über die Maßnahmen vorzulegen, die infolge der Abstimmung notwendig werden. Die Verschiebung der Besatzungstruppen in dieser Gegend wurde eingestellt.

Die Vorbereitungen zur Londoner Konferenz.

London, 27. Juli. (W. T. B.) Im Unterhause erklärte Lloyd George bei Besprechung der Möglichkeit der Abhaltung einer Konferenz mit der Sowjetregierung, die englische Regierung stehe mit den alliierten Regierungen in Verhandlungen, um die Frage zu regeln, ob und welche der hauptsächlichsten Staaten der Entente an der Konferenz teilnehmen sollen.

Paris, 27. Juli. (W. T. B.) „Petit Parisien“ schreibt, es sei auch die Frage zu erörtern, ob Deutschland als Macht anzusehen sei, die an der Regelung der Ostfragen interessiert sei und infolgedessen zu der Friedenskonferenz nach London hinzugezogen werden müsse. Die englischen liberalen und sozialistischen Blätter und, wie man höre, auch die englische Regierung seien bereit, diese Frage in bejahendem Sinne zu beantworten. Das Blatt fragt weiter, ob es wahr sei, daß in Spa von dem polnischen Ministerpräsidenten die Zustimmung Polens verlangt worden sei, in eine etwaige Abänderung der Friedensvertragsklausel für Oberschlesien und Danzig einzuwilligen.

R. Berlin, 27. Juli. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Aus Rotterdam wird dem „Vol.-Anz.“ gemeldet: Die englische Presse sagt über das Anerbieten der Sowjetregierung, die Waffenstillstandsverhandlungen mit Polen erst am 30. Juli beginnen zu lassen, man könne daraus schließen, daß die Militärpartei in Rußland noch stark genug sei, um ihre Ziele durchzusetzen. Lloyd George und Millerand werden in Boulogne nunmehr eine Zusammenkunft zur Vorbereitung der Einzelheiten der Verhandlungen mit den bolschewistischen Vertretern für den Frieden zwischen den Alliierten und Rußland haben. Ramenoff und Krassin haben jetzt die Erlaubnis erhalten, aus Reval nach London abzureisen.

Paris, 27. Juli. (W. T. B.) Millerand begab sich heute morgen im Sonderzug, begleitet vom Finanzminister Marsal, Marshall, B...

liner Re-
Spaa
wir hören,
n Licht
Luxus
edacht ge-
e dadurch
drohende